

V. 139

Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Konsumenten    **AGAK**  
Communauté d'action des salariés et des consommateurs    **CASC**

3007 Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 64

4.342 / 2.611

29. Oktober 1981

Communiqué

Volksabstimmung vom 29. November:

AGAK für Bundesfinanzvorlage

Die Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Konsumenten (AGAK) empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, der Bundesfinanzordnung zuzustimmen. Zwar trägt die Vorlage Zeichen des Kompromisses, hat also Mängel und Schönheitsfehler: sie beseitigt noch nicht das Defizit; sie gleicht die kalte Progression nur teilweise aus. Die neue Bundesfinanzordnung ist auch keine Finanzreform. Im wesentlichen wird die bisherige Finanzordnung einfach weitergeführt, um dem Bund in den nächsten zwölf Jahren wenigstens die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und aus der Warenumsatzsteuer zu sichern. Es sind dies zwei Eckpfeiler der eidgenössischen Finanzpolitik, die zusammen gut die Hälfte der gesamten Bundeseinnahmen ausmachen.

Die neue Finanzordnung sieht eine leichte Erhöhung der Warenumsatzsteuer vor, was dem Bund rund 600 Millionen Franken mehr einbringt. Durch erhöhte Sozialabzüge und einen Rabatt auf dem Steuerbetrag ergeben sich Entlastungen für den Steuerzahler und Mindereinnahmen für die Bundeskasse. Alles in allem resultieren aus der Vorlage für den Bund folgende Mehreinnahmen: 570 Millionen im Jahre 1983, in den folgenden Jahren 300 bis 350 Millionen.

Das Ja zur Bundesfinanzordnung 1983-94 ist ein notwendiger erster Schritt zur Sanierung der Bundesfinanzen. Eine zusätzliche Mittelbeschaffung wird allerdings erforderlich sein, damit der Bund auch weiterhin seinen vielfältigen Aufgaben - von der Landesverteidigung bis zur sozialen Wohlfahrt, von der Kulturförderung bis zum Konsumentenschutz - vollumfänglich nachkommen kann. Eine Ablehnung der Vorlage am 29. November hätte schwerwiegende Folgen, nicht zuletzt staatspolitische. Mit finanzpolitischen Notlösungen und Feuerwehrübungen wäre nur jenen gedient, die auf den Abbau staatlicher Leistungen aus sind.

Ein funktionsfähiges Staatswesen setzt einen geordneten Finanzhaushalt voraus. Daran sind die Arbeitnehmer und Konsumenten ganz besonders interessiert, weil sie auf einen wirtschaftlich aktiven und sozial ausgleichenden Staat angewiesen sind. Die AGAK ruft deshalb die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Arbeitnehmer und Konsumenten auf, am 29. November mit einem Ja für die Annahme der Bundesfinanzordnung zu sorgen.

-----